



MK Wahlkampfauftakt 22. Januar 2019: Redetexte

Es gilt das gesprochene Wort / Seules les paroles prononcées font foi

Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren: Für alle statt für wenige

Für die politische Schweiz steht das Jahr 2019 ganz im Zeichen der Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober. Die SP Schweiz wird alles daran setzen, die rechte Mehrheit von FDP und SVP im Parlament zu brechen, welche unser Land seit 2015 blockiert. Das ist unser wichtigstes Ziel. Denn seit 2015 erleben wir eine Legislatur, die von der Macht des Stärkeren bestimmt wird. Eine Legislatur, in welcher Milliardäre zulasten der Allgemeinheit bedient werden. Eine Legislatur, in welcher zukunftsweisende Reformen reihenweise abgeschmettert werden.

FDP und SVP haben seit 2015 zusammen 101 Stimmen im Nationalrat. Diese Mehrheit ist real, das haben insbesondere die jüngsten Diskussionen um die Klimapolitik gezeigt, wo wir bei wichtigen Entscheiden sicher zehnmal hintereinander wegen zwei Stimmen unterlegen sind. Mit dem Ergebnis, dass wir in der Schweiz momentan kein wirksames CO₂-Gesetz haben, dem die SP zustimmen kann. Die Debatte im Nationalrat ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Politik der rechten Mehrheit in dieser Legislatur seit bald vier Jahren funktioniert.

Dort, wo wir 2018 erfolgreich waren, ist es uns lediglich gelungen, die schlimmsten Auswüchse der rechten Mehrheit zu korrigieren. In der Europapolitik haben sich Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann verrannt und die Position der Schweiz geschwächt. Der einzige Bereich, in dem noch etwas geht, ist die Steuer-AHV-Vorlage, einem Reformvorschlag, der bezeichnenderweise weder aus dem Bundesrat noch aus dem Nationalrat kommt, sondern von einer parteiübergreifenden Gruppe aus dem Ständerat.

Die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bundesbern will Kriegsmaterial in Konfliktgebiete exportieren und Renten kürzen. Sie will die Steuern auf Konzerngewinne senken und den Schutz der Löhne preisgeben. FDP und SVP bremsen den Fortschritt bei der Energiewende und bei der Gleichstellung von Mann und Frau. Nicht zuletzt seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist dieses Programm weltweit wieder in Mode.

Die Milliardäre werden belohnt. Die grosse Mehrheit hingegen hat nichts vom wirtschaftlichen Aufschwung. Sie leistet immer mehr, wird immer grösserem Stress ausgesetzt und hat doch kaum Aussicht auf eine bessere Zukunft. Das akzeptieren wir nicht mehr. Diese rücksichtslose Macht des Stärkeren gefährdet die Zukunft unseres Planeten. Wenn sich Klima, Sicherheit und Lebensbedingungen weltweit derart verschlechtern, ist es kein Wunder, dass zahllose Menschen zur Flucht gezwungen werden. Was wir brauchen, sind Zusammenarbeit und Chancengleichheit. Die grossen Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Zusammen sind wir stärker.

Die Schweiz braucht Investitionen und Reformen, damit der Fortschritt allen dient und unsere Kinder eine gerechte und lebenswerte Welt erwartet. Dafür steht die SP ein. Und zwar mit vier konkreten Versprechen, mit denen wir unser Land gerechter, nachhaltiger und bereit für die Zukunft machen können: Tiefere Krankenkassenprämien, gleiche Löhne für Frauen und Männer, Arbeit und

Ausbildung für alle sowie kein Geld mehr für Öl. Diese Projekte werden Ihnen Barbara Gysi, Tamara Funciello, Beat Jans und Ada Marra gleich vorstellen.

Gleichzeitig freut es mich, Ihnen unsere politische Wahlkampfleiterin für die Wahlen 2019 vorstellen zu dürfen. Das Parteipräsidium hat Nationalrätin Nadine Masshardt mit dieser Aufgabe betraut. Wir freuen uns sehr, dass Nadine Masshardt diese Herausforderung angenommen hat und die Kampagne der SP an vorderster Front begleiten und prägen wird.

Um die Projekte, die wir Ihnen gleich vorstellen werden, umsetzen zu können, brauchen wir neue Mehrheiten. Und diese erhalten wir, wenn wir am 20. Oktober SP wählen. Kämpfen wir gegen die Macht des Stärkeren. Beziehen wir Position gegen rechts. Machen wir eine Politik, die sich für die Interessen aller einsetzt.

Die Bürgerlichen haben die Millionen, wir die Menschen. Und diese Menschen engagieren sich zu Tausenden für neue Mehrheiten im Parlament. Im persönlichen Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern. Sei es am Telefon, an der Haustür, auf der Strasse oder online. Denn unser Ziel ist der Dialog, nicht die Einwegkommunikation. Gemeinsam können wir etwas verändern.

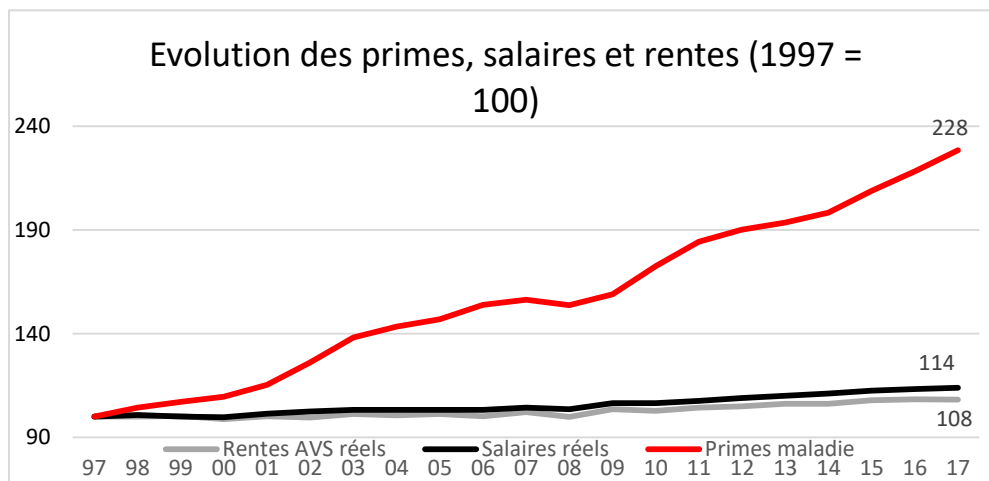
Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Krankenkassenprämien – maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens und nicht mehr!

Wir sprechen mit den Menschen und stellen fest – wie auch der Sorgenbarometer zeigt: Die hohe Belastung bei den Gesundheitskosten ist das Hauptproblem der Schweizer Bevölkerung. Doch das Problem sind nicht einfach die Kosten, sondern vor allem die Kostenverteilung. Für viele Haushalte sind die Krankenkassenprämien zu einer unerträglichen Last geworden. Der jährliche Prämienanstieg reduziert das verfügbare Einkommen der Mittelschicht. Dies geht auf Kosten der alltäglichen Ausgaben für Essen und Wohnen, Ferien und Kultur.

Die Krankenkassenprämien haben sich seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mehr als verdoppelt (vgl. Grafik 1). In keinem europäischen Land bezahlen die Menschen derart viel aus der eigenen Tasche wie in der Schweiz.

Grafik 1: Entwicklung der Krankenkassenprämien, Löhne und Renten

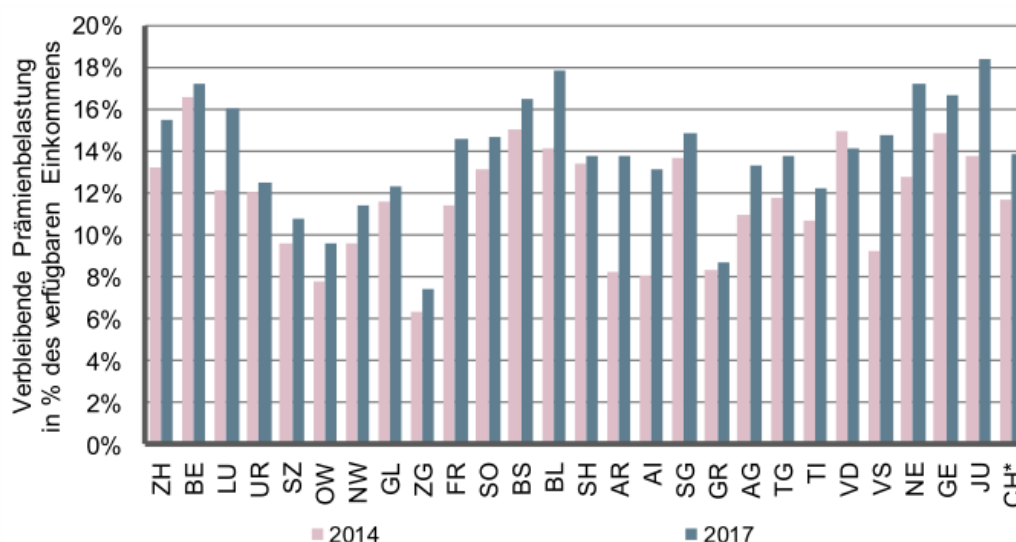


Quelle der Grafik :
Statistique de l'AOS
2016, chiffres USS

Wie der Monitoringbericht 2017 des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zur Wirksamkeit der Prämienverbilligung¹ deutlich zeigt, beträgt die durchschnittliche Belastung der Schweizer Haushalte durch die Krankenkassenprämien mittlerweile 14% des verfügbaren Einkommens. In einzelnen Kantonen wie Jura und Basel-Landschaft erreicht sie durchschnittlich sogar hohe 18% (vgl. Grafik Seite 2). Bestimmte Haushaltkategorien liegen sogar noch höher. Trotz steigender Prämienbelastung ziehen sich die Kantone aus der Finanzierung zurück – auch dies zeigt der Monitoringbericht glasklar auf. Gegenüber 2014 haben die Kantone 2% weniger an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) bezahlt als der Bund. Gegenüber 2009 sind es sogar massive 9% weniger. Zu diesem massiven Rückgang geführt haben die vielen Spar- und Abbaupakete in den Kantonen.

Grafik 2: Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens

Abbildung 8-3: Verbleibende Prämienbelastung in % des verfügbaren Einkommens in Vergleich zu 2014, Mittelwert über alle sieben Modellhaushalte



Anm.: CH* = ungewichteter Mittelwert über alle Kantone. Quellen: 2017 Erhebung bei den Kantonen, eigene Berechnungen; 2014: B,S,S. (2015).

Quelle der Grafik: Monitoringbericht 2017, S. 104 (<https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/kuv-aufsicht/bakv/pramienverbilligung/praemienverbilligung-niveau6/monitoring-2018-schlussbericht1.pdf.download.pdf/monitoring-2018-schlussbericht.pdf>)

Im Jahr 2019 verschlechtert sich die Situation für viele Menschen weiter. Die Krankenkassenprämien sind weiter angestiegen. Die Mittel für individuelle Prämienverbilligungen werden jedoch zunehmend gekürzt. Daher verlieren immer mehr Versicherte diese Unterstützung. Das zeigt sich am Beispiel St. Gallen: Die Bezügerquote ist zwischen 2010 und 2017 von 33,4 auf 24% gesunken². Die konkreten Vorgaben für die Prämienverbilligung verschlechtern sich für 2019 nochmals stark, die Belastung für gewisse Haushalte steigt auf rekordhohe 16 bis 20% ihres Einkommens. Das ist nicht akzeptabel und trifft die Bevölkerung hart.

Die SP Schweiz fordert mit ihrer Prämien-Entlastungs-Initiative³, dass kein Haushalt in der Schweiz mehr als 10% seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss.

¹ <https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/kuv-aufsicht/bakv/pramienverbilligung/praemienverbilligung-niveau6/monitoring-2018-schlussbericht1.pdf.download.pdf/monitoring-2018-schlussbericht.pdf>

² idem

³ <https://www.sp-ps.ch/de/publikationen/medienkonferenzen/medienkonferenz-prasentation-pramienentlastungs-initiative>

Einerseits muss das KVG endlich ein soziales Ziel enthalten, andererseits soll der vorgeschlagene Mechanismus letztlich zu einer gerechteren Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung führen. Die Kosten für die Prämienverbilligung sollen zu zwei Dritteln durch den Bund getragen werden und der Rest durch die Kantone. Die Lancierung der Prämien-Entlastungs-Initiative wurde vergangenen Dezember am SP-Parteitag in Brugg/Windisch definitiv beschlossen. Die Unterschriftensammlung startet diesen Frühling. Sie ist ein wirksames Mittel, um Familien, Rentner-Paare und Alleinlebende mit unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Sie ist dringend nötig.

Tamara Funciello, Präsidentin JUSO Schweiz, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Wir Frauen wollen alles, was uns zusteht – jetzt!

Die SP Schweiz hat am 14. Juni 2018 das Frauen*jahr lanciert. Rund acht Monate später befinden wir uns inmitten der Vorbereitung für einen zweiten Frauen*streik in der Schweiz, denn die Forderungen, die damals gestellt wurden, sind nach wie vor nicht erfüllt – und sie werden wohl auch nicht mit dem Streik am 14. Juni 2019 erfüllt werden. Daher wird die SP ihren langjährigen Kampf für eine echte Gleichstellung weiterführen. Auf der Strasse, wie auch in den Parlamenten.

Denn was selbstverständlich sein sollte, muss endlich auch für die Frauen in der Schweiz selbstverständlich werden. Darauf haben wir, als Frauen, einen Anspruch.

Wir haben lange genug darauf gewartet, für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu erhalten.

Wir haben lange genug darauf gewartet, dass unsere tägliche Arbeit vollumfänglich anerkannt wird, und dass die Männer ihren Teil beitragen zu Familie und Haushalt.

Wir haben lange genug darauf gewartet, unser Leben frei von Gewalt führen zu können.

Wir haben lange genug darauf gewartet, dass wir in Politik und Wirtschaft gemäss unserem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind.

Darum fordert die SP, analog zum Frauen*manifest vom 14. Juni 2018:

- Lohngleichheit jetzt. Dazu braucht es Kontrollen und Sanktionen – wie bei jedem anderen Gesetz auch
- Anerkennung all unserer Arbeit. Auch Familie und Haushalt sind Arbeit. Beruf und Familie müssen endlich vereinbar werden
- Keine Gewalt gegen Frauen. Niemand darf uns ohne unser Einverständnis berühren, uns bedrängen oder belästigen

Beat Jans, Nationalrat BS, Vizepräsident der SP Schweiz

Kein Geld für Öl!

Das Scheitern des CO2-Gesetzes im Nationalrat gehört zu den finstersten Stunden eidgenössischer Politik. Parlamentarische Handlungsunfähigkeit in der drängendsten Frage unserer Zeit ist ein Armutszeugnis. Kein Wunder treibt es Schulkinder auf die Strasse. Der Schweizer Klimaschutz braucht dringend einen Neuanfang. Die Zeiten fauler Ausreden sind vorbei. Das Klimadesaster ist da. Seit 40 Jahren erklärt die rechte Mehrheit des Parlamentes die Umweltprobleme mit dem Konsumverhalten der Leute und schiebt so elegant den schwarzen Peter an die Haushalte weiter. Es reicht. Wir haben schlicht keine Zeit mehr, um auf die Berufsignoranten, die sich in der SVP, FDP und kurzsichtigen Lobbyorganisationen tummeln, zu warten. Auch deshalb ist unser Wahlziel, die Mehrheit von FDP und SVP im Nationalrat zu brechen.

Unsere Ziele sind klar. Sie leiten sich aus dem Klimaabkommen von Paris ab. Die Schweiz soll im Inland bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Das heisst null Prozent CO2-Emissionen.

Unsere Schwerpunkte legen wir auf den Finanzplatz und den individuellen Personenverkehr. Denn das sind die grössten Hebel im Schweizer Klimaschutz.

Die Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen sind die grössten Klimaheizer der Nation. Sie zeichnen für schätzungsweise 20-mal mehr CO2-Emissionen verantwortlich als alle Haushalte und Unternehmen auf Schweizer Boden zusammen. Deshalb fordern wir, dass sie bis spätestens 2030 keine Projekte zur Förderung von Kohle, Erdöl und Erdgas mehr finanzieren dürfen.

Am zweitwichtigsten ist der motorisierte Individualverkehr. Er heizt das Klima heute stärker auf als unsere Häuser und Fabriken. Wir wollen eine rasche Elektrifizierung des Fahrzeugparks fördern. Bis 2040 sollen keine fossilen Verbrennungsmotore mehr im Einsatz sein.

Wir sind eine Volkswirtschaft, die jährlich Erdöl und Erdgas für rund 10 Milliarden Franken importiert. Die Schweiz als Land, das keine fossilen Ressourcen aber grosses technologisches Knowhow besitzt, kann von der Energiewende nur profitieren und hat alle Möglichkeiten und Gründe schnell voranzuschreiten. Das ist gute Nachricht: Die Schweiz wird auf mittlere und lange Sicht davon profitieren. Was es braucht, ist politischer Wille und den Pioniergeist, mit dessen Hilfe die Schweiz schon mehr als einmal in die Zukunft marschierte und eine stärkere SP.

Ada Marra, conseillère nationale (VD) et vice-présidente du PS Suisse

Le marché du travail entre mythe et réalité

Pour parler du marché du travail il faut regarder son pendant, les chiffres du chômage. D'année en année les ministres de l'économie se frottent les mains et s'autocongratulent. Ils refusent cependant de voir la réalité. Ils se cachent derrière des taux de chômage, très bas, donnés par le secrétariat d'état à l'économie (SECO). Mais, ce dernier ne prend pas en compte la réalité que vivent les cantons et les communes qui gèrent l'aide sociale et les travailleuses et travailleurs dans un marché du travail précarisé.

Ainsi, aux chiffres énoncés par le SECO (119 661 chômeurs/euses en fin décembre 2018) il faut rajouter les 250 000 personnes bénéficiant de l'aide sociale. Sans compter celles et ceux qui renoncent à la demander (par exemple 23,6% à Berne).

À ce chiffre, il faut encore rajouter les 300 000 personnes travaillant à temps partiel qui souhaiteraient travailler davantage, mais qui ne trouvent pas un emploi répondant à leurs attentes.

Aussi, il faut compter les chômeuses et chômeurs qui sortent de la statistique du SECO parce qu'ils ont trouvé soit un stage provisoire, qui ne débouchera pas sur un contrat, soit un emploi très précaire, et qui vont donc, irrémédiablement, se retrouver rapidement sans emploi.

Bref, la réalité est plus complexe que le seul chiffre idyllique énoncé par l'administration et son représentant politique.

Le Parti socialiste a non seulement constaté plusieurs problématiques dans le monde du travail, mais a aussi proposé des solutions concrètes. Aujourd'hui nous revenons à la charge avec une certitude : toute personne a droit à un travail décent, indépendamment de son statut, de son âge, de son genre, de son handicap. Cela vaut pour un travailleur de plus de 50 ans qui doit réapprendre un métier au vu de l'espace toujours plus important de la numérisation, un-e jeune qui n'a pas connu une scolarité linéaire et se retrouve à l'aide sociale, un migrant-e dont les compétences ne sont pas reconnues ou insuffisantes, une mère de famille à l'aide sociale qui voudrait recommencer une formation, mais perdrait ainsi une partie de son revenu, etc.

Le PS estime que la formation professionnelle et la formation continue sont les clefs pour atteindre notre objectif : le droit à un travail justement rémunéré pour toutes et tous.

Nous souhaitons donc la mise sur pied d'un fonds fédéral qui permettrait à toute personne de poursuivre une formation continue appropriée respectant les spécificités de chacune et de chacun. Ce fonds doit permettre à ces personnes, au travers de bourses, de subvenir à leurs besoins durant ces formations et, de ce fait, il serait un moteur pour les formations professionnelles.

Un acte concret dans la vie d'une personne peut lui changer la vie.

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE, politische Wahlkampfleiterin

Wir reden mit den Menschen, nicht über sie

Geschätzte Medienschaffende

Ich zeige Ihnen nun auf, was unsere Wahlziele sind und wie wir diese erreichen wollen.

Zuerst ein paar Worte zu meiner Funktion: Als erste politische Wahlkampfleiterin der SP bin ich Ansprechperson für Kandidierende und Parteimitglieder, die sich engagieren. Und ich stelle den Kontakt sicher zu meinen Fraktionskollegen inklusive der Bundesrätin und des Bundesrats sowie zum Zentralsekretariat. Ab sofort werde ich jeden Deutschschweizer Kanton mindestens einmal besuchen, sei es bei Nominationen, Wahlkampfveranstaltungen oder bei unserer Basiskampagne. Andererseits übernehme ich in der Deutschschweiz die Wahlkampagnen-Kommunikation gegen aussen – und zwar in den klassischen Medien wie auf Social Media. Dies in enger Zusammenarbeit

mit Parteipräsident Christian Levrat, Fraktionspräsident Roger Nordmann sowie der Parteileitung und dem Zentralsekretariat.

Die vier Hauptthemen des SP-Wahlkampfes liegen auch mir sehr am Herzen. Damit setzen wir dort an, wo Handlungsbedarf besteht. Dort, wo die Bevölkerung von uns zu Recht Antworten und Lösungen erwartet: Gleiche Löhne für Mann und Frau. Ein Finanzplatz, der keinen Rappen mehr in Branchen investiert, die unser Klima killen sowie ein Klimaschutz, der diesen Namen auch verdient. Eine Begrenzung der Prämien auf 10 Prozent des Haushaltsbudgets, um die Prämienexplosion abzufedern. Und eine zweite Chance für Menschen, die keinen Job finden – egal ob Ü-55, Schul-, Studien- oder Lehrabgängerinnen oder Flüchtlinge.

Die Bürgerlichen haben die Macht; sie haben das Geld und betreiben Politik zulasten der Allgemeinheit. Wir haben die Menschen. Und diese engagieren sich zu Tausenden im Wahlkampf. Wir suchen das Gespräch mit Wählern und schalten nicht einfach Plakate und Inserate. Wir suchen den Dialog, nicht die Einwegkommunikation. Wir hören zu.

Mit allen Kandidierenden, Kantonalparteien und Sektionen wollen wir die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bundesbern brechen. Auf dass danach Fortschritt wieder möglich wird.

Dazu setzen wir auf unsere bewährte Basiskampagne. Diese beinhaltet neu neben dem Telefonieren auch Tür-zu-Tür-Gespräche in Quartieren sowie – wie bisher – Aktionen auf der Strasse. Ganz nach dem Motto: Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie. Natürlich müssen wir auch online nochmals einen Zacken zulegen: Wir werden auch hier das Gespräch bzw. die Interaktion mit Interessierten suchen.

In diesem Wahlkampf einen entscheidenden Beitrag zu leisten, darauf freue ich mich. Und weil es mir ernst ist, lege ich sogleich los: Mit 272 Wahltipps bis zum Wahlabend auf Social Media. Gegen innen sollen diese als Ideenbörse, Motivationsspritze und zur Mobilisierung dienen; gegen aussen Interessierten einen Einblick in unsere Kampagnenarbeit ermöglichen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.